

Pressemitteilung - 22.11.2021

GRÜNE Fraktion Sachsen

Christin Melcher



Aussetzung Schulbesuchspflicht – BÜNDNISGRÜNE: Notwendiger und folgerichtiger Schritt

Dresden/Leipzig. Kultusminister Christian Piwarz hat heute bekannt gegeben, dass ab kommender Woche die Schulbesuchspflicht in Sachsen vorübergehend ausgesetzt wird. Kitas und Grundschulen wechseln in den eingeschränkten Regelbetrieb mit festen Gruppen.

Christin Melcher, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, begrüßt diese Entscheidung:

"Die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehens ist dramatisch, deshalb braucht es in vielen Gesellschaftsbereichen Einschränkungen. Doch Kinder und Jugendlichen dürfen nicht wieder die Einzigen sein, die davon betroffen sind. Die Aussetzung der Schulbesuchspflicht ist aber ein notwendiger und folgerichtiger Schritt. Wir BÜNDNISGRÜNE haben uns deshalb in der Sonderausschusssitzung am Donnerstagabend noch einmal für diese Maßnahme stark gemacht. Wir müssen das Tableau der Möglichkeiten ausschöpfen, um einerseits Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, andererseits aber auch den Infektionsschutz zu gewährleisten."

"Der eingeschränkte Regelbetrieb und das Wechselmodell können helfen, weitere Infektionen zu verhindern – insbesondere, da sie durch eine dreimalige Testung in den Schulen flankiert werden. So schmerzhaft die erneuten Einschnitte für die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Familien auch sind: Wir können nicht zulassen, dass das Virus die Einrichtungen sukzessive schließt. Die jetzige Regelung verschafft uns insofern etwas Luft und Planungssicherheit – zumindest auf Sicht."

"Für uns BÜNDNISGRÜNE ist aber auch klar: Jede Impfung hilft, das Risiko von Infektionen und damit von Einschränkungen im Schul- und Kitabetrieb zu minimieren. Wir alle können dazu beitragen, dass bald wieder mehr Normalität im Bildungsbereich eintritt und Kinder und Jugendliche nicht zu Verlierern der Pandemie werden. Wir fordern alle Erwachsene auf, sich jetzt solidarisch mit den Jüngsten zu zeigen. Ihnen wurde in den vergangenen Monaten schon mehr als genug aufgebürdet."